

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

91

Wien, am 17. April 1937.

Bürgermeister Schmitz über Wiener Wohnungsfragen.

In der öffentlichen Sitzung der Wiener Bürgerschaft am Freitag machte Bürgermeister Richard Schmitz in einer mehr als anderthalbstündigen, wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochenen Rede überaus bemerkenswerte Mitteilungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt Wien.

Der Bürgermeister führte einleitend aus, dass für den diesjährigen Umfang der Arbeitsbeschaffung im Voranschlag 1937 Arbeitsbeschaffungsaktionen in der Höhe von 82 Millionen S aus eigenen Mitteln der Stadt vorgesehen sind. Durch den Assanierungsfonds und durch den Hausreparaturfonds werden weitere 20 Millionen S privaten Kapitals mobilisiert, so dass sich ein Gesamtbetrag von 102 Millionen S ergibt. Da im Durchschnitt dieses vielfältig verzweigten Programmes ungefähr 16 S erforderlich sind, um einen Arbeitstag zu finanzieren, beinhaltet also das bereits gesicherte Arbeitsbeschaffungsprogramm die sehr bedeutende Summe von nicht weniger als 6'2 Millionen Arbeitstagen. Dieses Arbeitsprogramm soll nun durch ein neues ^{worden,} erweitert, das insgesamt 16'6 Millionen S an öffentlichen und privaten Mitteln umsetzen wird. Der volle Gesamtaufwand der Arbeitsbeschaffung 1937 der Stadt Wien erreicht also die Höhe von 118'6 Millionen S und bietet nicht weniger als 7'2 Millionen Arbeitstage.

Der Bürgermeister gibt einen Ueberblick über das bereits in Ausführung begriffene Arbeitsbeschaffungsprogramm. Er hebt hervor, dass der Bau einer Volks- und Hauptschule in Leopoldau bereits der Vollendung zugeht, erinnert an den Umbau von einigen städtischen Althäusern und an die Errichtung des grossen Familienasyles in der Buchongasse im 10. Bezirk, das 200 Wohnungen enthalten wird. Zu diesen Hochbauten, die in eigener Regie der Stadt errichtet werden, kommt die stattliche Reihe neuer Assanierungsbauten, die im heurigen Jahr bereits im Gange sind oder in Gang gebracht werden, die Demolierung der alten Bärenmühle, des Hauses Josefstädterstrasse 3, das Eckhaus Schönbrunnerstrasse-Nevillegasse, das Haus Gurpendorferstrasse 89, die berühmte Todesocke von Hernals, das Eckhaus Hernalsor Hauptstrasse-Veronikagasse, das Eckhaus Singerstrasse-Seilerstätte und ein bis zwei grosse Umbauten in der unteren Wollzeile. Ich glaube, sagte der Bürgermeister, wenn man sich diese lange Reihe städtischer Um- und Neubauten vorgewagt, darf man mit einer gewissen Genugtuung feststellen, wie glücklich sich die Idee des Assanierungsfonds auswirkt (Laute Zustimmung).

Der Assanierungsfonds ist derzeit mit 5 Millionen S aus den Mitteln der Stadt Wien dotiert. Nun soll aus den 4 Millionen S, dem Anteiile der Stadt Wien an der Investitionsanleihe, ein Betrag von 2 Millionen S neuerlich dem Assanierungsfonds überwiesen werden, so dass der Fonds nun über eigene Mittel im Betrage von 7 Millionen S verfügen wird. Mit Hinzurechnung des dadurch mobilisierten Privatkapitals ergibt sich also ein durch den Assanierungsfonds in Bewegung gebrachter Umsatz bis zu 20 Millionen S. In diesem Zusammenhang spricht der Bürgermeister der Bundesregierung, insbesondere den Bundesministern für Finanzen und für soziale Verwaltung, den Dank und die Anerkennung für die wertvolle Mithilfe aus.

Der Hausreparaturfonds ist auch heuer schon in Gang gekommen. Wenn die von ihm gebotenen reichlichen und vielfachen Möglichkeiten durch die Privatwirtschaft restlos ausgenützt werden, dann wird hier ein Umsatz bis zu 14 Millionen S zu erzielen sein. Diese grossen Beträge werden fast durchwegs den kleinsten Betrieben aller Gruppen des Wiener Baugewerbes zugute kommen. (Beifall).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

Der Strassenbau, der viele Jahre hindurch so sehr vernachlässigt war, dass wir trotz fleissiger Aufwendungen in den letzten drei Jahren noch immer auf Jahre hinaus zu tun haben werden, bildet nach wie vor ein Hauptkapitel der Arbeitsbeschaffung. Leider ist der sichtbare Beginn der Strassenbauarbeiten durch das schlechte Wetter aufgehalten worden, dennoch konnten bereits die Materiallieferungen in der Höhe von 10¹/₂ Millionen S restlos vergeben werden. Da diese Beträge zum allergrössten Teile ausserhalb Wiens zur Verarbeitung gelangen, ist damit allein der eindeutige Beweis erbracht, wie sehr die Arbeitsbeschaffung der Wiener Stadtverwaltung in Wahrheit eine Angelegenheit der österreichischen Volkswirtschaft ist (Lebhafter Beifall).

Weniger abhängig vom Wetter sind die Kanalbauten, von denen bereits 30 im Gange sind. Ebenso wurden für bevorstehende Rohrlegungen der Wasserwerke Rohre, Wassermesser u. dgl. in Auftrag gegeben. Zwei Rohrlegungsarbeiten, eine in der Alserstrasse, die andere im Rosental, wurden bereits vergeben.

Das heurige Jahr wird auch die Beendigung einer Reihe der grössten und bedeutendsten - wir dürfen schon schonen - bereits berühmt gewordenen Arbeiten des neuen Wien bringen: Höhenstrasse, Wiental-Strasse, Schulbau in Aspern, Schlachthausbrücke, den riesigen Wasserbehälter im Lainzer Tiergarten und Floridsdorfer Entlastungskanal. Damit wird das im Jahre 1931 verkündete Programm, das die meisten dieser Bauten beinhaltet, bis zum letzten Meter erfüllt sein (Beifall).

Das Ausklingen dieser Arbeiten, die bisher für die Art der Investitionstätigkeit des neuen Wien so charakteristisch waren, muss uns veranlassen, darüber nachzudenken, welcher Gesichtspunkt in der nächsten Zeit besondere Berücksichtigung verdient, wenn wir über die investitive Verwendung verfügbarer Mittel Entscheidungen herbeizuführen haben. Da drängt sich nun die Frage der Beschaffung von Wohnraum für die zahlungsschwächeren Schichten der Bevölkerung in den Vordergrund. Ohne Zweifel haben sich die wirtschaftlichen Umstände, die jede Bauführung, die auf Wohnraumschaffung abzielt, berücksichtigen muss, noch nicht in dem Masse verändert und werden sich auch nach menschlicher Voraussicht in absehbarer Zeit nicht in dem Masse verändern, dass durch die private Bautätigkeit allein eine Befriedigung des unabwendbaren Bedürfnisses an erschwinglichen Kleinwohnungen zu erwarten wäre. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Der praktische Verwalter nun, der die Verantwortung zu tragen hat, muss sich die Frage vorlegen: Welche Wege finde ich, um dieses Bedürfnis wenigstens im dringenden und unabweisbaren Ausmasse der nächsten Zeit zu decken.

Im Juli wird ein Kongress von zwei der grössten und bedeutsamsten internationalen Vereinigungen, die sich mit dem Wohnungsproblem befassen, stattfinden. Die Hauptfrage, die auf der Tagesordnung dieses Kongresses steht, ist: Wie können für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung moderne und gesunde Kleinwohnungen zu einem Mietzins geschaffen werden, der für diese Schichten tragbar ist? Wir sehen also, dass diese Frage keine Wiener und keine österreichische Frage allein ist, sondern auch in Ländern brennend ist, in denen es keinen Mieterschutz und keine Einschränkungen des privaten Hausbesitzes gibt. Aus Gründen der Menschlichkeit und des Gewissens drängt die Tatsache, dass es in manchen grossen Städten Europas - wohnpolitisch gesehen - noch immer Elendsquartiere gibt, die einfach menschenunwürdig und unsittlich sind. Wir wissen, dass z. B. in England ausserordentlich grosse finanzielle Anstrengungen gemacht werden, um diese Elendsquartiere mit staatlichen und kommunalen Mitteln durch gesunde Neubauten-Flach-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am _____

und Hochbauten-zu ersetzen, deren Wohnungen zu erschwinglichen Preisen den Massen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Wenn dies also in den reichsten Ländern der Welt der Fall ist, so liegt doch offenbar ein Missverhältnis vor, das sich aus der ungleichen Spannung zwischen der kulturellen und der sozialwirtschaftlichen Entwicklung in den modernen Nationen herausgebildet hat. Die kulturelle Entwicklung ist rascher vor sich gegangen, der Aufstieg zu höherem Bewusstsein menschlicher Würde ist schneller erfolgt als die Entwicklung der Kaufkraft der gleichen Schichten. Das religiöse Gewissen und das soziale Verantwortungsbewusstsein zwingen zur Rechenschaft darüber, ob man wirklich alles getan habe, die Menschenwürde der minderbemittelten Volksgenossen so zu achten, dass sie ihr Eigenleben entfalten können

In dem grossen Umfange, wie sie in manchen Grossstädten Europas vorkommen, gibt es nun in Wien keine Elendsquartiere und hat es solche auch hier nie gegeben. Ganz fehlen sie uns auch nicht; denn auch bei uns gibt es da und dort Quartiere, die man nicht mehr als dem religiösen, dem christlichen Begriffe von Menschenwürde entsprechend bezeichnen kann. Dazu tritt folgende Erwägung. Wien ist eine alte Stadt, und wir wissen, dass es nicht nur in den ältesten Teilen der Inneren Stadt sowie auch in anderen Bezirken Häuser gibt, die ein hohes Alter aufweisen. Das durchschnittliche Lebensalter der Wohnhäuser in Wien ist seit Kriegsbeginn noch gestiegen, weil ja seit dem Beginn des Krieges bis zum Assanierungsfonds der Umbau bestehender Häuser in moderne Bauten fast unterblieben ist. In vielen überalterten Häusern entsprechen die Wohnungen den modernen Ansichten über die notwendigen Eigenschaften einer Wohnung nicht mehr. Dann gibt es viele überalterte Häuser, bei denen auch der Reparaturfonds vergeblich anklopft, weil der Eigentümer nur mehr darauf ausgeht, aus dem Haus eine Rente zu beziehen und für die Erhaltung des Hauses nicht mehr aufzuwenden, als ihm durch die Baubehörde aufgezwungen wird. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, dass wir alljährlich im Durchschnitt rund 400 Wohnungen, fast durchwegs billige Kleinwohnungen, durch die notwendige Demolierung einsturzgefährlich gewordener Althäuser verlieren.

Wir wissen, welche Schwierigkeiten es bedeutet, aus solchen alten Häusern die Mieter abzuzielen, weil diese auch dann, wenn sie eine Abfertigung bekommen, sich fürchten, keine andere Wohnung zu einem Mietzins^{zu} erhalten, den sie erschwingen können. In diesen alten Häusern wohnen nämlich- das ist auch ein Zeichen des bitteren Schicksales, das seit dem Kriege wie eine furchtbare Heimsuchung über uns gekommen ist- zumeist sehr arm, zahlungsschwache Mieter, vielfach früheres Kleinbürgertum, das durch Goldentwertung und Wirtschaftskrisen seine Existenzbasis zum grossen Teil oder fast ganz verloren hat und das sich nur erhalten konnte, weil diese Wohnungen sehr billig waren. Diese Häuser waren schon vor dem Kriege sehr niedrig eingeschätzt, weil sie schon damals überaltert waren und man mit ihrem Abbruch rechnete.

Wir haben in den letzten Jahren jährlich durchschnittlich 400 solcher Wohnungen verloren. Wir haben diesen Verlust nicht auffüllen können, weil sich unsere bisherige Wohnbautätigkeit hauptsächlich nach zwei Richtungen hin ausgewirkt hat: der sozial bedingten Form der Familienasyle und der Assanierungsbauten, die wegen Aufwendung privaten Kapitals an zahlungskräftigere Mieter schichten appellieren.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am _____

Der Bürgermeister verweist in diesem Zusammenhang auf die Barackenquartiere in der Hasenleitengasse und in Baumgarten, die sich in städtischem Besitz befinden, ferner auf die in den sogenannten "wildon Siedlungen" verstreut vorkommenden Elendswohnungen, die einen erschütternden Eindruck auf ihn gemacht haben. Der Bürgermeister erklärt, hier müsse alles Mögliche getan werden, um Abhilfe zu bringen. Diesen Verhältnissen beizukommen ist freilich sehr schwierig, da der grösste Teil dieser "wildon Siedlungen" sich auf Privatgrund befindet. Das städtische Wohlfahrtsamt hat in meinem Auftrage nachdrücklichst eingegriffen. Dort allordings, wo die Leute sich einfach im Wald- und Wiesengürtel niedergelassen haben, werden sie schon vom Standpunkte des Gemeinwohles aus anderswo untergebracht werden müssen. Der Wald- und Wiesengürtel ist dem Wohle der ganzen Wiener Bevölkerung gewidmet und man kann nicht zugeben, dass Einzelne den Wald- und Wiesengürtel einfach zerschlagen (Lebhafter Beifall).

Um Kleinwohnungen zu erschwinglichen Preisen für Minderbemittelte zu schaffen, schlage ich zwei grosse Aktionen vor. Zunächst soll das Bundesgesetz über die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern ausgenützt und 13 neue Kleinwohnungshäuser mit insgesamt 600 Kleinwohnungen errichtet werden. Der Aufwand hiefür ist mit 6 Millionen S veranschlagt, nämlich 900.000 S für Grundwert, 3'6 Millionen S für Hypotheken ersten und zweiten Ranges und 1'5 Millionen S Eigenmittel der Stadt Wien. In den Wohnungen sollen Wasser, elektrisches Licht, Gas und W.C. eingeleitet, die Fussboden der Wohnräume mit hartem Bretterbelag, in anderen Räumen mit Schiffböden versehen werden. Zu jeder Wohnung wird eine Abteilung Boden und Keller gehören, ebenso wie genügend Waschküchen und Trockenräume vorgesehen sind, Zimmer und Küche sollen miteinander eine Wohnfläche von 35 Geviertmeter haben.

Der Monatszins soll so errechnet werden, dass ausser den laufenden Verwaltungs- und Betriebskosten lediglich der Enleihedienst für die erste und zweite Hypothek gesichert wird. Für das Kapital, das die Stadt Wien aufbringt, also für 40 Prozent des Wertes -wird keinerlei Verzinsung oder Amortisation berechnet. In 30 Jahren wird eine andere Generation diese Häuser schuldenfrei besitzen. Das kann natürlich kein Privater tun, wohl aber die Stadt Wien, weil es der einzige Weg ist, um für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung, für die ja die private Bautätigkeit leider noch immer nicht in Betracht kommt, Wohnungen zu schaffen. (Lebhafter Beifall).

Der Bürgermeister bespricht sodann den schon bekannten Umbau der städtischen Althäuser in der Mollardgasse und Mondscheingasse. Der eine Bau wird 14 Wohnungen, der andere 179 Wohnungen enthalten. Bei Erörterung des Umbaus des Barackenlagers Hasenleiten bemerkt der Bürgermeister, dass dort ungefähr 700 Familien untergebracht sind. Die neuen Wohnungen werden nicht als übliche Notwohnungsanlagen gebaut, sondern bei Einfachheit und Billigkeit werden alle diese Wohnungen die Fortschritte der Bauordnung aufweisen. Der Umbau wird derart vor sich gehen, dass zunächst neuer Wohnraum geschaffen wird, Leute umgesiedelt und dann die freigewordenen Baracken demoliert werden. Die ganze Wohnanlage Hasenleiten wird sich in 12 bis 14 Häuserblöcke gliedern, die je 36 Wohnungen enthalten werden. Die Häuser werden unterkellert sein, eine Höhe von zwei Stockwerken haben, für den Fussboden kommt Schiffböden in Verwendung. Wasser und W.C. werden im Wohnungsverschluss untergebracht sein. Ein Baublock allein wird 230.000 S kosten. Die Gesamtkosten des Umbaus mit 500 Wohnungen werden mehr als 3 Millionen S betragen. Die Mietzinse werden in dieser Wohnhausanlage naturgemäss erheblich niedriger sein als in anderen Wohnhäusern, weil ja hier das sozialfürsorgliche

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am _____

Moment stärker in Betracht gezogen werden muss.

Die neuen Anträge, verein mit den übrigen Aktionen des jetzigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Stadt Wien, bedeuten den sofortigen Beginn der Schaffung von insgesamt 23 stadteigenen Kleinwohnungshäusern mit 1.632 Wohnungen; durch Umbau von drei aufgelassenen Schulen werden 44 Wohnungen gewonnen; schliesslich sind im 21. Bezirk, Hofmangasse, sechs Einfamilienhäuser für abgesiedelte Bretteldorfer im Bau. Zusammen also werden 1.682 Wohnungen neu geschaffen, wobei selbstverständlich die in den Assanierungsbauten neu entstehenden Wohnungen nicht eingerechnet sind.

Auf Grund der Erfahrungen in den Familienasyle wird bei der neuen Anlage in Hasenleiten sofort auch für Spielplätze, Tagesheimstätten u. dgl. vorgesorgt werden, um die Kinder unter einem gesunden erzieherischen Einfluss zu bringen. Ich habe auch den Auftrag gegeben, schon jetzt für die Familienasyle und für das Lager Hasenleiten Gründe in erreichbarer Nähe ausfindig zu machen, die besonders schwer getroffenen Familien als Kleingärten zur Verfügung gestellt werden sollen, damit sie durch eigene Arbeit sich eine Erleichterung verschaffen können. Anlagen, die wie die Stadtrandsiedlungen und Barackenlager sich zu dauernden Gemeinschaften entwickelt haben, müssen auch alle Einrichtungen erhalten, die dieses Gemeinschaftsleben braucht. Das sind "Ortschaften" von ganz achtbarer Grösse, manche sozusagen kleine Städte für sich. Sie brauchen also Amtsräume. Die Siedler sollen ihre Erzeugnisse fachlich gut einlagern können, damit sie nicht gezwungen sind, die Ware allzugeschwind an den Mann zu bringen. Die städtische Fürsorge muss ständig organisiert werden. Für die Kinder sind Spielplätze usw. vorzusorgen. Von den vier Stadtrandsiedlungen fehlt bei 3 zur Zeit noch die Möglichkeit, die religiösen Bedürfnisse zu befriedigen. Mit einem Wort: Aus den Siedlungen und Lagern sollen wohlorganisierte "Lebenseinheiten" werden. In der nächsten Zeit schon werden in Leopoldau, Aspern und Breitenlee einfache und bescheidene, jedoch beständige Bauten errichtet werden, die genügend Raum für die allgemeine Fürsorge, Jugendfürsorge, Gesundheitsdienst, Vaterländische Front, Gottesdienst, usw. bieten werden. Leopoldau hat heute 749 Familien mit 2.827 Einwohnern, darunter 696 Kindern bis zu 14 Jahren. In Breitenlee gibt es 264 Familien mit 1.022 Einwohnern und 290 Kindern bis zu 14 Jahren und in Aspern 270 Familien mit 1.046 Einwohnern und rund 300 Kindern bis zu 14 Jahren. Um diese zahlreichen Kinder müssen wir uns ernstlich kümmern. Gelingt es, den Siedlern ein organisches Gemeinschaftsleben zu bieten, dann werden sie den Wert der Ordnung erkennen, sie werden sehen, wie die grössere Gemeinschaft, die Stadt Wien, ihre Heimat, sich um sie in herzlicher Sorge kümmert und sie nicht im Stich lässt, wenn die Siedler selbst innerseits richtig mitwirken. So werden sie treffliche und wertvolle Glieder unserer Gemeinschaft Söhne und Töchter unseres geliebten Wien werden! (Stürmischer, lebhafter Beifall).

Die Jugendfeier im Stadion.

Wie der Stadtschulrat für Wien mitteilt, findet heuer die Jugendfeier im Stadion anlässlich des Verfassungstages am 2. Mai um 10 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VL Blatt

Wien, am.....

Teilweiser Umbau des Dominikanerklosters.

Die schweren wirtschaftlichen Folgen, die der Krieg, die staatlichen Umgestaltungen und die Zerstörung der Währung im Gefolge haben, äussern sich in einer uns immer wieder entgegentretenden Verarmung, wodurch viele kulturelle Einrichtungen unseres Landes in Gefahr gebracht werden. Ob es nun grosse Waldbesitze sind, die nur unzureichenden Ertrag abwerfen und von ihren Besitzern nicht mehr gehalten werden können, oder wenig produktive Besitze in den Städten, seien es Adelspaläste, Prunkvillen, Heimstätten von Künstlervereinigungen usw., immer erscheint ein Stück unserer kulturellen Einrichtungen dadurch bedroht. Hochwertige Sammlungen drohen ins Ausland abzuwandern. Wir wüssten, dass Klöster sich von ihren kostbarsten Stücken trennen mussten. Wie viele karitative Vereinigungen leiden durch unzulängliche Einnahmen in ihrer Wirksamkeit.

Und wo wird die Oeffentlichkeit nur mit Bedauern hören, dass der Konvent des Dominikaner Predigerordens, der rühmlichst mit der Lokalgeschichte Wiens verbunden ist, gleichfalls durch die Not der Zeit in Bedrängnis geraten ist und sich gezwungen sieht, den an der Dominikanerbastei an das Kloster angrenzenden, aus dem 17. Jahrhundert stammenden Wohnblock Postgasse-Wollzeile-Dr. Karl Luegerplatz zu verwerten.

Wie in manchen anderen Fällen ergab sich hier die schwierige Aufgabe, die an sich gewiss berechtigten Interessen der Privateigentümer mit den ebenfalls berechtigten Anforderungen der Oeffentlichkeit bezüglich Erhaltung der alten Bestände zu vereinen.

Zunächst schien es, dass sich ein Umbau des wenn auch kunsthistorisch nicht bedeutungsvollen, so doch lokalgeschichtlich durchaus schätzenswerten Gesamtbauwerkes würde vermeiden lassen. Der Umbau des in der Postgasse gelegenen, diese Strasse äusserst einengenden alten Traktes erhielt nach eingehender Vorprüfung durch die Zentralstelle für Denkmalschutz im Bundesministerium für Unterricht, die pflichtgemäss um die Erhaltung des Altbestandes bemüht ist, die Hilfe des Wiener Assanierungsfonds zugesichert.

Die für die Erhaltung des Stadtbildes verantwortlich Stellen konnten sich aber nicht entschliessen, einem weitergehenden Umbauvorhaben ihre Zustimmung zu geben. Sowohl die Zentralstelle für Denkmalschutz als auch die Stadt Wien waren lebhaftest bemüht, einen Umbau des den Dr. Karl Luegerplatz zur Stadt abschliessenden Traktes zu vermeiden. Bürgermeister Richard Schmitz war bereit, im Interesse der Erhaltung des allen Wienern ans Herz gewachsenen alten Stadtbildes der Wiener Bürgerschaft sogar den Ankauf dieses Gebäudeteiles vorzuschlagen.

Leider zeigte sich bei fortschreitender Behandlung des Projektes, dass auch das grösste Opfer der Stadt dem Konvent nicht die Möglichkeit bieten würde, sich aus seinen finanziellen Schwierigkeiten zu befreien, ganz abgesehen davon, dass der durch die privaten Käufer beabsichtigte Umbau für die Bevölkerung Wiens die Beschaffung sehr grosser Arbeitsgelegenheiten gewährleisten und überdies in verkehrstechnischer Hinsicht wesentliche, längst notwendige Erleichterungen schaffen würde.

Unter diesen Umständen konnte der Gedanke eines Opfers der Stadt Wien nicht länger verfolgt werden und es blieb nichts anderes übrig, als dass in gemeinsamer Arbeit der Zentralstelle für Denkmalschutz und des Magistrates solche Bestimmungen für den Neubau entworfen wurden, die die Gewähr für ein würdiges, viele Anklänge an das verlorengohende

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

alte Stadtbild wiederbringendes neues Bauwerk bieten.

Unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Lahr fanden Besprechungen der beteiligten Aemter unter Beiziehung von Mitgliedern des Kunstbeirates der Stadt Wien statt, die sich auf bestimmte Forderungen einigten. So soll der Neubau trotz naturgemäss grösserer Höhe eine ruhige Platzwand darstellen, in einfachen Linien, aber wertvollem Material gehalten sein und in der Gestaltung seines Daches und in der Wieder-erstellung des Schlosserturmes mit der Madonnenfigur am Turmhelm die Erinnerung an das alte Bild festhalten. Im Erdgeschoss wird wohl die alte Gaststätte in neuer Form wiederkehren und es ist zu gewärtigen, dass hiefür ein Laubengang mit Sitzgelegenheiten vorgelagert werden wird und dass für den verloren gehenden Baumbestand Ersatz in einer neuen Grundfläche geboten werden dürfte.

Wie in jeder Grosstadt, die im Wettbewerb mit anderen aufstrebenden Städten steht und daher in ihren Verkehrseinrichtungen nicht beliebig zurückbleiben kann, erheben sich auch in Wien Gegensätze zwischen dem Wunsch, das Alte möglichst ungeschmälert zu erhalten und doch für den immer schneller werdenden Verkehr sichere Voraussetzungen zu schaffen. So ist eine gewisse Verbesserung der Niveauverhältnisse der Wollzeile bereits aus Sicherheitsgründen für den Verkehr dringend geworden. Sie wird durch den geschilderten Umbau in greifbarer Nähe gerückt. Hand in Hand geht eine Verbesserung der Ausmündung der Postgasse in die Wollzeile. Da jedoch die Wollzeile als einzige Verkehrsader zwischen dem Hohen Markt und der Landstrasse-Hauptstrasse bei länger wählender Absperrung doch wenigstens notdürftigst durch eine Verkehrsumleitung ersetzt werden muss, hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, mit dem Umbau des Wohnblockes des Dominikanerkonvents auch eine Fortführung der Bäckerstrasse zum Dr. Karl Luogersplatz zu schaffen, für die allerdings nur jene geringe Breite in Aussicht genommen ist, wie sie der schmalen Bäckerstrasse entspricht. Hingegen hat der Bürgermeister weitergehende Pläne, die, wie z. Beispiel die Ausführung der verlängerten Akademiestrasse, unerträgliche Opfer unserer Altstadt bedeutet hätten, rundweg abgelehnt.

Mit dem Beginn des Baues in der Postgasse ist schon in allernächster Zeit zu rechnen. Dabei werden geringere, dem eigentlichen Klostergebäude vorgelagerte Wohntrakte fallen, wodurch der Klosterhof zur Postgasse frei gemacht wird. So wird sich an dieser Stelle ein neues reizvolles Stadtbild ergeben.

Meldspflicht des Jahrganges 1919.

Der Magistrat teilt amtlich mit: Mit 31. März ist die dreimonatige Frist abgelaufen, innerhalb welcher die im Jahre 1919 geborenen, in Wien wohnhaften Personen, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Staatsangehörigkeit, verpflichtet waren, sich beim Besonderen Stadtamt I, Einwohnermeldestelle, wegen allfälliger Berichtigung ihres Stammblasses und Entgegennahme einer Erkennungskarte zu melden. Nur ein geringfügiger Teil der diesem Jahrgang angehörigen Personen hat der Meldspflicht bisher nicht entsprochen. Alle Säumigen werden aufgefordert, nunmehr un-erzüglich im Besonderen Stadtamt I, Neues Rathaus, Stiege 8, Parterre, an Werktagen von 8 Uhr bis 15 Uhr, Samstag von 8 Uhr bis 13 Uhr, ihrer Meldspflicht nachzukommen und zur Vermeidung nachteiliger Folgen die allfällige seinerzeitige Verhinderung, den Termin einzuhalten, entsprechend nachzuweisen.